



Menschenleben waren den Nazis bloß eine abstrakte Kalkulationsgröße. Abfahrt eines Deportationszuges vom Hauptbahnhof Bielefeld am 13. Dezember 1941

PICTURE-ALLIANCE / AKG BERLIN

Systematischer Massenmord

Vor 75 Jahren begannen die Nazis mit der Deportation von Juden aus dem Deutschen Reich. **Von Knut Mellenthin**

Vor 75 Jahren, am 15. Oktober 1941, begann die deutsche Regierung mit der massenhaften und systematischen Deportation der Juden aus dem »Altreich«. Das Ziel der

Transporte war zunächst das Ghetto in der seit September 1939 besetzten polnischen Stadt Lodz. In einer zweiten Welle, die am 8. November 1941 begann, fuhren Züge aus deutschen Großstädten nach Riga und Minsk in jenem Teil der Sowjetunion, den die Wehrmacht nach dem Überfall vom 22. Juni 1941 erobert und unter Kontrolle gebracht hatte. Mehrere tausend Juden, die gemäß der ursprünglichen Planung nach Riga gebracht werden sollten, kamen statt dessen nach Kowno, litauisch Kaunas, und wurden dort zusammen mit einheimischen Juden von deutschen Mordkommandos erschossen. Die Ermordeten waren Deportierte aus Berlin, Breslau, Frankfurt am Main, München und Wien.

Die großen Vernichtungslager auf polnischem Boden wie Auschwitz, Belzec, Treblinka, Kulmhof (Chelmno), Sobibor und Majdanek waren zu dieser Zeit noch im Aufbau. Das erste von ihnen, das für den Mordapparat »in Betrieb genommen« wurde, war im Dezember 1941 Kulmhof. Getötet wurde dort mit Autoabgasen. Die meisten der rund 20.000 Juden aus dem »Altreich« sowie aus Wien und Prag, die während der ersten Deportationswelle nach Lodz verschleppt worden waren, wurden wenig später in Kulmhof umgebracht. Mehrere tausend andere starben aufgrund der Verhältnisse im Ghetto, insbesondere durch Unterernährung, Kälte und fehlende medizinische Versorgung.

Der Begriff »Altreich« kam im März 1938 in Gebrauch. Er bezeichnete Deutschland in den Grenzen vor dem damals vollzogenen »Anschluss« Österreichs, im Gegensatz zum »Großdeutschen Reich«. Zu diesem gehörten, neben Österreich und den im Oktober 1938 annektierten »Sudetengebieten« der Tschechoslowakei, auch Teile des im September 1939 von der Wehrmacht besetzten Polens. Die Stadt Lodz beispielsweise, das Ziel

der ersten Deportationswelle im Oktober 1941, lag im neugeschaffenen Reichsgau Wartheland. Im gesamten besetzten Polen, auch in den ins Deutsche Reich eingegliederten Gebieten, hatten die Deutschen schon im Herbst 1939 mit Deportationen und Massenmorden begonnen, deren Opfer nicht allein polnische Juden, sondern auch Zehntausende nicht-jüdischer Polen waren. Um im stark überfüllten Ghetto von Lodz Platz für die neu ankommenden Deportierten zu schaffen, waren zuvor mehrere tausend der bisherigen Bewohner in der Umgebung der Stadt erschossen worden.

Rund sechs Wochen nach dem Beginn der systematischen Deportationen aus Deutschland holten die deutschen Bürokraten und Juristen nach, was sie anfangs vielleicht nur übersehen hatten. Unter dem Datum des 25. November 1941 erschien die Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz. Ihr erster Paragraph besagte: »Ein Jude, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, kann nicht deutscher Staatsangehöriger sein. Der gewöhnliche Aufenthalt ist dann gegeben, wenn sich ein Jude im Ausland unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er dort nicht nur vorübergehend weilt.«

Die Verordnung regelte außerdem, dass beim Verlust der Staatsangehörigkeit, der im Fall der Deportierten automatisch beim Überqueren der Reichsgrenze eintrat, der gesamte Besitz der Betroffenen an den Staat überging. Die Bürokraten entdeckten aber noch eine weitere Lücke und schlossen sie eine Woche später. Juden wurde nun generell verboten, »über ihr bewegliches Vermögen zu verfügen«, also beispielsweise Möbel und Hausrat zu verschenken, wenn sie von ihrer bevorstehenden Deportation benachrichtigt wurden.

Ins »Niemandland« getrieben

Vereinzelt waren auch schon vor dem Herbst 1941 deutsche Juden aus dem »Altreich« deportiert worden. Die erste derartige Aktion traf am 12. und 13. Februar 1940 mehr als 1.000 Juden aus Stettin

sowie einige hundert aus Stralsund und anderen Orten in Pommern. Sie wurden ohne vorherige Information aus ihren Wohnungen geholt und zu Dörfern in der Umgebung der polnischen Stadt Lublin gebracht. Dort sollte damals nach einem vermutlich nie ernst gemeinten und jedenfalls völlig unrealistischen Plan der deutschen Führung ein »Reservat« vor allem für Juden aus den ins Reich eingegliederten Teilen Polens, aus Österreich und dem »Protektorat« – dem im März 1939 von der Wehrmacht besetzten Westen der Tschechoslowakei –, aber auch aus dem »Altreich« entstehen. Das Projekt des »Reservats« wurde schon im April 1940 offiziell beendet. Die Mehrheit der dort »Angesiedelten« starb aufgrund der unmenschlichen Lebensbedingungen, von den übrigen wurden viele einige Monate später im KZ Majdanek ermordet.

Die zweite Massendeportation deutscher Juden aus dem »Altreich« vor dem Herbst 1941 wurde im Oktober 1940 durchgeführt. Sie traf Bewohner Badens und der Pfalz. Etwa 6.500 Juden, die in insgesamt neun Zügen aus Konstanz, Heidelberg, Pforzheim, Mannheim und Ludwigshafen abtransportiert wurden, passierten am 22. und 23. Oktober die Demarkationslinie zum südlichen, von der Wehrmacht nicht besetzten Teil Frankreichs. Die französischen Behörden waren von den Deutschen durch die falsche Angabe getäuscht worden, es handle sich um legale Auswanderer, die nach Portugal weiterreisen sollten.

Dadurch entstand ein diplomatischer Streit zwischen Berlin und der von Deutschland abhängigen französischen Regierung in Vichy, in dem letztere selbstverständlich chancenlos war, die Rückführung der abgeschobenen deutschen Juden zu erreichen. Immerhin trotzte die Vichy-Regierung aber der deutschen Seite die Zusicherung ab, dass es keine weiteren Deportationen in ihr Gebiet geben werde. Damit scheiterten Pläne deutscher Kreise, sämtliche Juden aus dem »Altreich«, dem »Protektorat« und Österreich – die Gesamtzahl

wurde, wahrscheinlich zu niedrig, mit 270.000 Menschen angegeben – ins unbesetzte Frankreich abzuschieben.

Die bis zum Herbst 1941 umfangreichste Abschiebeaktion aus Deutschland hatte schon 1938 stattgefunden. Sie betraf jedoch ausschließlich Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit. Am 28. und 29. Oktober jenes Jahres ließen die deutschen Behörden 17.000 von ihnen an die polnische Grenze schaffen, von denen schließlich 12.000 ins »Niemandland« zwischen beiden Staaten getrieben wurden. Sie mussten bei spärlichen Temperaturen und Witterungsverhältnissen mit primitivsten Mitteln im Freien biwakieren, bis schließlich die polnische Seite nachgab und sie aufnahm.

Unter dem Eindruck dieses Vorgangs übte der in Paris lebende junge Pole Herschel Grynszpan, dessen Familie unter den gewaltsam Abgeschobenen war, einen Anschlag auf einen deutschen Diplomaten. Dieses Attentat wiederum diente der deutschen Führung als Vorwand für die Entfesselung des November-Pogroms, der von den Nazis so bezeichneten »Reichskristallnacht«.

»Jüdische Gefahr«

Knapp drei Monate später legte das Auswärtige Amt eine Bilanz der »Judenpolitik« und ihrer internationalen Auswirkungen vor. Titel der auf den 25. Januar 1939 datierten Ausarbeitung: »Die Judenfrage als Faktor der Außenpolitik im Jahre 1938«. Als »Runderlass« wurde der Text an alle diplomatischen Vertretungen des Deutschen Reichs im Ausland geschickt. Einige Feststellungen und Beobachtungen lassen sich grundsätzlich auch auf die praktischen und psychologischen Auswirkungen, wenn nicht gar auf manche Intentionen der gegenwärtigen deutschen »Flüchtlingspolitik« beziehen.

Die Autoren konstatierten voller Zufriedenheit, dass die vom NS-Staat praktizierte Vertreibung von Juden aus Deutschland in vielen Ländern – die

nun mit größeren Zahlen von Flüchtlingen konfrontiert waren – zu einer Zunahme des allgemeinen Antisemitismus, zur Abschottung der Grenzen und anderen antijüdischen Maßnahmen geführt habe. »Bereits die Wanderungsbewegung von nur etwa 100.000 Juden« (Anm. jW: Gemeint war die Zahl der Flüchtlinge aus Deutschland in den Jahren 1933/34) »hat ausgereicht, um das Interesse, wenn nicht das Verständnis, vieler Länder für die jüdische Gefahr zu wecken. Wir können ermessen, dass sich die Judenfrage zu einem Problem der internationalen Politik ausweiten wird, wenn große Massen der Juden aus Deutschland, aus Polen, Ungarn und Rumänien durch den zunehmenden Druck ihrer Gastvölker in Bewegung gesetzt werden. Auch für Deutschland wird die Judenfrage nicht ihre Erledigung gefunden haben, wenn der letzte Jude deutschen Boden verlassen hat.

Es ist bereits heute für die deutsche Politik eine wichtige Aufgabe, den Strom der jüdischen Wanderung zu kontrollieren und nach Möglichkeit zu lenken. Allerdings besteht keine Veranlassung, mit anderen Staaten wie Polen, Ungarn und Rumänien, die selbst die Abwanderung ihrer jüdischen Bevölkerung anstreben, an der Lösung dieses Problems zusammenzuarbeiten. Erfahrungsgemäß konkurrieren bei dieser Prozedur die gleichgerichteten Interessen und hemmen die Verwirklichung des vordringlichen deutschen Anspruchs auf Aufnahme der deutschen Juden in andere Zielländer.«

Die Autoren des Papiers führten zahlreiche Beispiele für antisemitische Aktivitäten und Pressestimmen in Ländern an, die jüdische Flüchtlinge aus Deutschland aufgenommen hatten. Diese Entwicklungen, so hieß es abschließend, »bestätigen die Richtigkeit der Erwartung, dass die Kritik an den mangels Tatbestandes in vielen Ländern nicht verständlichen Maßnahmen zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Lebensraum eine Übergangserscheinung darstellt und sich in dem Augenblick gegen das Judentum selbst wenden wird, wo der Augenschein die Bevölkerung lehrt, was die jüdische Gefahr für ihren Bestand bedeutet. Je ärmer und damit belastender für das Einwanderungsland der einwandernde Jude ist, desto stärker wird das Gastland reagieren und desto erwünschter ist die Wirkung im deutschen propagandistischen Interesse. Das Ziel dieses deutschen Vorgehens soll eine in der Zukunft liegende internationale Lösung der Judenfrage sein, die nicht von falschem Mitleid mit der »vertriebenen religiösen jüdischen Minderheit«, sondern von der gereiften Erkenntnis aller Völker diktiert ist, welche Gefahr das Judentum für den völkischen Bestand der Nationen bedeutet.«

Unverhohlene Drohung

Am 24. Januar 1939 hatte Hermann Göring in seiner Funktion als Beauftragter für den 1936 eingeführten Vierjahresplan einen folgenschweren Auftrag unterzeichnet. Er wies damit den Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, an, »die Judenfrage (...) einer den Zeitumständen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen« und unterstellte ihm damit zugleich alle Aktivitäten in diesem Zusammenhang. »Die Auswanderung der Juden ist mit allen Mitteln zu fördern«, hieß es in Görings Anordnung. Zu diesem Zweck wurde im Reichsinnenministerium aus Vertretern aller beteiligten Dienststellen die »Reichszentrale für jüdische Auswanderung« gebildet. Göring weiter: »Über die Arbeit der Reichszentrale ist mir laufend zu berichten. Vor grundsätzlichen Maßnahmen ist meine Entscheidung einzuholen.«

Eine Woche später, am 30. Januar 1939, hielt »der Führer« Adolf Hitler im Reichstag eine Rede, in die eine klare Ansage verpackt war: »Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker Europas noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.«

Das Sitzungsprotokoll verzeichnete an dieser Stelle »anhaltenden stürmischen Beifall« der nur noch aus NSDAP-Mitgliedern bestehenden Abgeordneten. Im Ausland wurde Hitlers Drohung, soweit man aus den insgesamt schwachen Reaktionen schlussfolgern kann, nicht in ihrer vollen Tragweite erfasst oder weithin nicht einmal wahrgenommen. Das wurde vermutlich dadurch begünstigt, dass Hitler die »Vernichtung« im folgenden Teil seiner Rede als Ergebnis propagandistischer Mittel beschrieb.

Tatsächlich jedoch gingen Militär, Polizei und parastaatliche Kräfte des Deutschen Reichs wie die SS schon bald nach dem Überfall auf Polen im September 1939 zum Massenmord nicht nur an Juden, sondern auch an Teilen der nicht-jüdischen Bevölkerung des Landes über. Hinzu kamen Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen, die im Behördendeutsch verharmlosend als »Evakuierung« bezeichnet wurden. In den polnischen Städten wurden seit Januar 1940 »Ghettos« eingerichtet: kleine, maßlos überfüllte Gebiete, die abgeriegelt und scharf bewacht, aber, was die Versorgung anbelangte, weitgehend sich selbst überlassen wurden.

Teil der Sowjetunion bis November 1942 mehr als 800.000 Menschen, überwiegend Juden.

Am 31. Juli 1941 weitete Göring seinen früheren Auftrag an Heydrich aus: »In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlass vom 24. Januar 1939 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa. Sofern hierbei die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berührt

baus anzusprechen ist. (...) Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstigen sozial-politischen Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen.«

Ins Vernichtungslager

Zur Zeit dieser Konferenz waren die großen Vernichtungslager, die alle auf polnischem Gebiet lagen, immer noch im Aufbau oder wurden gerade erst »in Betrieb genommen«. Die meisten



Erinnerung an das Menschheitsverbrechen. Die Ausstellung »Journeys of Silence« in Prag zeigt aktuell unter freiem Himmel die Stätten der Vernichtungspolitik der Nazis (hier mit einer Aufnahme des deutschen Konzentrationslagers Theresienstadt)

Menschenleben waren nicht nur für die deutsche Führung, sondern auch für die ausführenden Beamten lediglich eine abstrakte Kalkulationsgröße. Das verdeutlicht die Aktennotiz eines Staatssekretärs über eine Besprechung im Generalrat des Vierjahresplans, die das Datum 2. Mai 1941 trägt. Dort heißt es: »Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im dritten Kriegsjahr aus Russland ernährt wird. Hierbei werden zweifellos zig Millionen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.«

»Endlösung«

Der Überfall auf die Sowjetunion war zu dieser Zeit schon beschlossen, seine Vorbereitung in vollem Gange. Nach dem Beginn des Angriffs am 22. Juni 1941 verzichteten die Deutschen von vornherein darauf, Ghettos zu errichten. In Litauen, Lettland, in der Ukraine und im früher rumänischen Teil der Sowjetunion wurde in den ersten Tagen und Wochen des Krieges die Beteiligung einheimischer Nationalisten an der Ermordung der jüdischen Bevölkerung weisungsgemäß und systematisch gefördert. Im Rücken der Front begannen vier »Einsatzgruppen«, die von Nord nach Süd mit den Buchstaben A bis D bezeichnet wurden, Juden zu Tausenden zusammenzutreiben und zu erschließen. Ihr Vorgehen wurde durch die deutsche Führung, mit Hitler an der Spitze, rasch radikalisiert: Zuerst wurden die Morde noch als Bekämpfung von Kommunisten und Partisanen deklariert. Wenige Wochen später folgte die Anweisung, alle männlichen Juden zu töten, die spätestens in der zweiten Augustwoche auf Frauen und Kinder ausgeweitet wurde. Die obligatorische Berufung auf Hitler erfolgte offenbar ausschließlich mündlich: Einen schriftlichen Befehl des »Führers« scheint es nicht gegeben zu haben; zumindest wurde er nie erwähnt. Nach wahrscheinlich unvollständigen Berechnungen töteten die »Einsatzgruppen« im besetzten

werden, sind diese zu beteiligen. Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Voraussetzungen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.«

Ein solcher »Gesamtentwurf« ist in den bekannten Akten nicht zu finden; wahrscheinlich wurde er nie erstellt. Heydrich bezog sich auf Görings Forderung jedoch in seinem einleitenden Referat während der sogenannten Wannseekonferenz, die am 20. Januar 1942 in Berlin stattfand und an der Vertreter aller relevanten Ministerien teilnahmen. Die geplante »Endlösung« wurde dort, entgegen manchen falschen Darstellungen, weder beschlossen noch diskutiert. Heydrich teilte sie den Versammelten lediglich mit, soweit ihnen die Absichten nicht ohnehin schon bekannt waren. Ihre Beiträge beschränkten sich zwangsläufig von vornherein auf Einzelfragen der praktischen Durchführung.

Seinem Vortrag zufolge wollte Heydrich in die »Endlösung der europäischen Judenfrage« nicht nur die Juden »im deutschen Einflussgebiet« einbeziehen, wie es in Görings Auftrag hieß, sondern auch die in England, Irland, Spanien, Portugal, Schweden, und dem europäischen Teil der Türkei. Ebenso rechnete er die außerhalb des deutschen Zugriffs in der Sowjetunion lebenden Juden hinzu. Auf diese Weise kam Heydrich auf eine Gesamtzahl von rund elf Millionen Menschen.

Zum Vorgehen sagte Heydrich: »Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Einsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesen zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Auf-

dieser Lager wurden überwiegend für die Ermordung der Juden aus dem sogenannten Generalgouvernement und aus den direkt ins Deutsche Reich eingegliederten Teilen Polens genutzt. Als Ort der Massenvernichtung der west- und mitteleuropäischen Juden diente hauptsächlich der KZ-Komplex von Auschwitz. Mit dessen Bau war schon im April 1940 begonnen worden, seit März 1941 wurde das Lager stark erweitert. Erste »Versuche« zur Durchführung von Massentötungen mit dem Giftgas Zyklon B fanden Anfang September 1941 statt. Die Opfer waren zunächst mehrere hundert sowjetische Kriegsgefangene.

Seit Frühjahr 1942 wurden regelmäßig Deportationszüge nach Auschwitz. Sie kamen aus Frankreich, der Slowakei, etwas später zudem aus Belgien, den Niederlanden und Norwegen, auch aus benachbarten polnischen Regionen, aber zunächst nicht aus Deutschland. Deutsche Juden wurden während des Jahres 1942 als erste Station vor allem in Ghettos auf polnischem Gebiet, manchmal auch in andere Vernichtungslager wie Belzec deportiert oder am Ort ihrer Ankunft erschossen. Seit Herbst 1942 wurden jüdische und andere Gefangene aus Konzentrationslagern in Deutschland nach Auschwitz gebracht. Erst im Dezember 1942 traf erstmals auch ein Deportationszug mit Juden aus Berlin dort ein.

■ Knut Mellenthin betreibt die Webseite www.holocaust-chronologie.de. An dieser Stelle schrieb er zuletzt am 23.7. über die Olympischen Spiele 1936 in Berlin.

■ Lesen Sie morgen auf den jW-Themaseiten:

Vor 125 Jahren gab sich die deutsche Sozialdemokratie das »Erfurter Programm«

Von Leo Schwarz